



Interviews

Expertenrat Anti-Rassismus konstituiert sich

Maria Grunwald im Gespräch mit Reem Alabali-Radovan, Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung

"Informationen am Morgen", 19.6.2023, 8:10 Uhr

Maria Grunwald: Rassismus, der äußert sich nicht nur in Straftaten, die statistisch erfasst und geahndet werden (rassistische, fremdenfeindliche Straftaten machen einen Großteil der politisch motivierten Straftaten aus und hier ist die jährliche Zahl der Fälle laut Bundeskriminalamt zum vierten Mal in Folge gestiegen). Subtilere Formen von Rassismus, wenn man es so nennen kann, jenseits von Straftaten, gibt es nahezu überall – bei den Behörden, bei der Polizei, in den Schulen, im Alltag. Dieser Rassismus ist schwerer zu erfassen, zu belegen. Betroffene stehen oft alleine da. Die Anti-Rassismus-Beauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan, SPD, sie spricht von der Gefahr eines strukturellen, eines institutionellen Rassismus in Deutschland, wo es durchaus viel aufzuholen gebe und auch deswegen forderte sie die Gründung eines Expertenrats für Anti-Rassismus, besetzt mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis. Dieser Expertenrat stellt sich heute Nachmittag zum ersten Mal der Öffentlichkeit vor. Was er bewirken kann, bewirken soll, dazu begrüße ich jetzt Reem Alabali-Radovan am Telefon, Staatsministerin beim Bundeskanzler, Anti-Rassismus-Beauftragte der Bundesregierung, zugleich auch Integrationsbeauftragte, guten Morgen.

Reem Alabali-Radovan: Schönen guten Morgen.

Grunwald: Frau Alabali-Radovan, warum braucht es einen Expertenrat Anti-Rassismus?

Alabali-Radovan: Ja, das Thema Rassismus wurde in Deutschland viel zu lange ignoriert, verdrängt und kleingeredet. Wir sehen es an den Statistiken. Das Ausmaß von Rassismus in Deutschland habe ich auch mit meinem Lagebericht Rassismus in Deutschland, den ich am Anfang des Jahres vorgestellt habe, gezeigt. Es ist nicht nur Alltagsrassismus, wie Sie gerade eingangs gesagt haben, sondern auch struktureller und institutioneller Rassismus, in Behörden wie zum Beispiel der Polizei, aber auch am Wohnungsmarkt, bei der Jobsuche, in Bundesministerien. Und das wollen wir jetzt angehen. Und dafür brauche ich die Expertise dieses ExpertInnenrats, den ich heute Nachmittag einberufen werde. Es geht vor allem darum, eine Definition für Rassismus festzulegen. Es gibt keine Definition, mit der alle Strukturen arbeiten und das ist wichtig für Verwaltungshandeln, dass wir da eine einheitliche Definition haben. Und wir brauchen natürlich auch Indikatoren, um das Ganze zu messen.

Grunwald: Aber wie hilft eine neue Definition von Rassismus, festgehalten auf Papier, um den Rassismus in der Praxis zu bekämpfen?

Alabali-Radovan: Ja, wir brauchen diese Definition, damit man sich auch gegen Rassismus in solchen Strukturen wehren kann. Das ist oftmals auch noch das Problem, wenn Menschen Rassismus in Strukturen, in Institutionen erleben, können sie sich wehren, teilweise, immer noch nicht in allen Bereichen. Und dann ist es natürlich bisher Auslegungssache, weil es keine klare Definition gibt, mit der alle arbeiten. Natürlich muss man auch andere Maßnahmen treffen. Es geht auch um eine Willkommenskultur. Also, ich sage als Anti-Rassismus-Beauftragte, wir brauchen einen Ruck gegen Rassismus in unserem Land. Das trifft natürlich nicht nur die Behörden, sondern unsere gesamte Gesellschaft. Aber ich denke, das ist jetzt ein wichtiger Schritt.

Grunwald: Frau Alabali-Radovan, Sie sprechen von einem strukturellen, institutionellen Rassismus. Können Sie denn hier ein Beispiel dafür geben? Bei den Behörden zum Beispiel, haben Sie da ein Beispiel?

Alabali-Radovan: Ja, also, im Kern geht es bei der Betrachtung von institutionellem und strukturellem Rassismus darum, den Blick nicht nur auf handelnde Individuen zu richten, sondern auf institutionelle Abläufe und Verfahren, die unhinterfragten Routinen in den Blick zu nehmen, die Rassismus befördern. Beispiele – ist, ja, ganz prominent in der Debatte: Racial Profiling bei der Polizei. Es ist ja eigentlich klar verboten. Laut Gesetz darf es kein Racial Profiling geben. Allerdings fühlen sich viele Menschen betroffen – das zeigen uns Studien –, dass sie Racial Profiling im Alltag tatsächlich erleben.

Grunwald: Dann sprechen wir über Racial Profiling. Darunter versteht man, dass die Polizei jemanden anlasslos kontrolliert, nur aufgrund von äußerlichen Merkmalen, weil er oder sie vielleicht dunkelhäutig ist. Und rechtsextreme Chats unter Polizisten, die machen ja auch immer wieder Schlagzeilen. Das sind Einzelfälle, sagen die einen. Das ist struktureller Rassismus bei der Polizei, sagen andere. Wie benennen Sie das?

Alabali-Radovan: Mir ist es vor allem wichtig, ins Gespräch zu kommen mit beiden Seiten. Und das habe ich auch schon getan Anfang des Jahres mit einem Round-Table Rassismus in der Polizei. Zum einen mit der Polizei selbst. Das ist mir ganz wichtig, dass die da natürlich mit am Tisch sitzen. Aber auch mit der Zivilgesellschaft, mit Verbänden, mit Organisationen, die Betroffene beraten. Und dieses Gespräch werden wir weiter fortführen. Wir haben zum Beispiel gesprochen über Kontrollquittungen bei solchen Überprüfungen, die dazu führen könnten, dass Menschen sich wehren können gegen vermeintlich anlasslose Kontrolle.

Grunwald: Also, man bekommt eine Quittung nach einer vermeintlich anlasslosen Kontrolle. Und was mache ich dann mit dieser Quittung?

Alabali-Radovan: Dann kann ich mich an die Polizei wenden und dann kann das Ganze intern aufgearbeitet werden. Da gibt es natürlich auch Kritik, dass das Ganze dann intern verarbeitet wird. Es gibt auch Forderungen nach unabhängigen Kontrollgremien. Aber diese Kontrollquittungen sehen wir schon ...

Grunwald: Aber glauben Sie, Entschuldigen Sie, da hake ich ein. Glauben Sie, dass sich das auf der Straße durchsetzt bei der Polizei? Ist das überhaupt praktikabel, so eine Kontrollquittung?

Alabali-Radovan: Es sollte praktikabel sein und ich finde es richtig, dass Menschen auch das Ganze hinterfragen können und das in Anspruch nehmen können und fragen können: Warum wurde ich denn jetzt eigentlich anlasslos – so fühle ich mich – warum wurde ich anlasslos kontrolliert? Und dann kann die Polizei das Ganze beantworten.

Grunwald: Untersuchungen zu Rassismus innerhalb der Polizei, wir bleiben dabei, hatte der frühere Innenminister Seehofer, CSU, abgelehnt. Und stattdessen gibt es jetzt eine mehrjährige Studie zu Motivation, Einstellung und Gewalt im Polizeialltag. Die läuft auch noch. Auch ein Fortschritt, aber eben nicht DIE Rassismus-Studie. Hätten Sie sich hier mehr gewünscht?

Alabali-Radovan: Also, wir müssen da weiter dranbleiben. In der Bundesregierung arbeiten wir ja insgesamt jetzt auch mit diesem Amt der Anti-Rassismus-Beauftragten, was erstmalig auch hergerichtet wurde in dieser Legislaturperiode an diesem Thema. Und, wie gesagt, ich bin mit der Polizei und auch mit dem Bundesinnenministerium da eng im Gespräch. Also, es bewegt ja viele Menschen. Wir lesen die Schlagzeilen. Wir hören oft von Vorfällen, von den rechtsextremen Chat-Gruppen, von anderen Vorfällen. Und ich denke, das können wir nicht einfach so stehenlassen. Das ist auch aus meiner Sicht im Sinne der Polizei, dass solche Studien durchgeführt werden.

Grunwald: Mehr unabhängige Beschwerdestellen für Opfer von Rassismus, auch das ist eine Ihrer großen Forderungen. Und wenn wir dabei mal nur auf die Polizei schauen, dann gibt es bislang nur in sieben Bundesländern bei der Polizei solche unabhängigen Beschwerdestellen für Opfer von Diskriminierung oder eben sie befinden sich noch im Aufbau. Sie wollen aber unabhängige Beschwerdestellen in allen 16 Ländern. Wie verschaffen Sie Ihrer Forderung da mehr Gewicht?

Alabali-Radovan: Ja, gerade bei Themen, die auch die Bundesländer betreffen, ist es natürlich wichtig, die Bundesländer mit ins Boot zu holen. Das habe ich auch vor mit meinem Round-Table Rassismus in der Polizei. Aber das gilt auch für andere Themen. Also, ich will nicht, dass der Eindruck entsteht, dass ich mich nur mit der Polizei beschäftige. Denn es gibt viele Felder, in denen wir Rassismus erleben. Das gilt auch für den Bildungsbereich, für den Wohnungsmarkt usw. Aber ich möchte da mit den Bundesländern zusammenkommen. Alleine auf Bundesebene werde ich da nicht weiterkommen. Deshalb sage ich ja, wir brauchen diesen Ruck gegen Rassismus, der durchs ganze Land geht. Und das kann ich nur gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen machen.

Grunwald: Und deswegen auch der neu einzurichtende Anti-Rassismus-Rat. Noch eine Frage aus aktuellen Gründen. Die AfD ist auf einem Hoch von 18 Prozent. Ist das für Sie ein Indikator, dass es in Deutschland ein gar steigendes Potenzial an Menschen gibt, die rassistisch, fremdenfeindlich denken?

Alabali-Radovan: Ich denke, allen ist jetzt klar, wofür die AfD steht, dass die AfD mit Rassismus auch Politik macht. Das ist kein Geheimnis. Und Menschen, die die AfD wählen, nehmen das zumindest in Kauf. Und mir machen die Umfrageergebnisse natürlich große Sorgen und auch die Stimmung gerade in der Debatte um Migration. Deswegen auch mein Appell an alle demokratischen Akteure, da wirklich aufzupassen, wie wir über diese Themen diskutieren. Denn wir haben zum einen die Umfrageergebnisse der AfD, die besorgniserregend sind, aber auch ganz konkret Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Die Zahlen steigen. Das zeigt, wir müssen wirklich alle gemeinsam aufpassen, wie wir über dieses Thema sprechen.

Grunwald: Ihr Amt als Anti-Rassismus-Beauftragte ist neu, seit der Ampelkoalition. Der Expertenrat für Anti-Rassismus ist dann auch eine neu geschaffene Einrichtung. Was macht Sie so sicher, dass diese neuen Einrichtungen nicht auf einer rein symbolischen Ebene verharren, sondern wirklich was bewegen?

Alabali-Radovan: Ja, ich kämpfe dafür, dass wir wirklich damit was bewegen können. Und deswegen ist für mich die Einberufung des ExpertInnenrats auch so wichtig, denn ich will das nicht einfach alleine vom Schreibtisch. Es gibt Menschen, die sehr lange schon dazu forschen, aus der Wissenschaft, aber auch Menschen, die in der Praxis damit arbeiten, in der Verwaltung. Und zwölf dieser Menschen lade ich heute ein zu der Konstituierung. Und ich bin mir ganz sicher, dass wir da konkrete Ergebnisse erzielen werden in den nächsten Monaten und Jahren.

Grunwald: Sagt Reem Alabali-Radovan, die Anti-Rassismus-Beauftragte der Bundesregierung. Dankeschön für dieses Interview.

Alabali-Radovan: Vielen Dank.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.